

II-4757 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ
Zl. IV-40.004/58-2/86

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
1031 Wien, den 28. Aug. 1986
Radetzkystraße 2
Tel. 75 56 86 - 99/Serie
Auskunft

2213/AB

1986 -08- 29

Klappe

Durchwahl

zu 2305/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abg. Dipl.Ing. WINSAUER
und Genossen an den Bundesminister für
Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Maßnahmen des Gesundheitsministers für
das Land Vorarlberg (Nr. 2305/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen gestellt:

- "1) Sind Sie bereit, für das Land Vorarlberg eine eigene Strahlenuntersuchungsstelle einzurichten, um der Sicherheit der Bevölkerung Rechnung zu tragen?
- 2) Welche Maßnahmen im Gesundheits- und Umweltbereich werden Sie für das Land Vorarlberg zu welchem Zeitpunkt ergreifen?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat im Zuge der Errichtung und Inbetriebnahme des Strahlenfrühwarnsystems im Bundesland Vorarlberg bereits alle 18 geplanten Meßstellen errichtet und in Betrieb genommen, deren Meßdaten an die ebenfalls bereits in Betrieb genommene Landeswarnzentrale in Bregenz permanent übermittelt werden. Eine ständig arbeitende Aerosolaktivitätswarnstation wird in Bregenz aufgebaut.

In der Folge des Reaktorunfalls in der UdSSR erfolgten bzw. erfolgen im Auftrag und auf Kosten des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz in verstärktem Umfang Radioaktivitätskontrollen an Lebensmittel- und Umweltproben. In der ersten

- 2 -

Phase wurden diese Proben mittels Hubschrauber zu Meßstellen im Raum Wien transportiert. Später konnten diese Messungen am Radiochemischen Institut der Universität Innsbruck und an der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck durchgeführt werden. Der in der ersten Phase notwendige Transport der gezogenen Proben in den Raum Wien erfolgte aus folgenden Gründen:

Im Bereich der Lebensmitteluntersuchungsanstalten ist in enger Verbindung mit dem Umweltbundesamt der Ausbau einer Nord-Süd- und einer Ost-Westachse für radiologische Untersuchungen von Lebensmitteln und Umweltproben derzeit in einem bereits fortgeschrittenen Stadium.

Im Zuge dieses Ausbaues wurde von der BALU Innsbruck ein Gamma-spektrometer zur Bestimmung verschiedener Radionuklide angeschafft. Da räumliche Adaptierungsarbeiten und parallellaufende Personaleinschulungen notwendig waren, konnte die BALU in Innsbruck erst ab der zweiten Maihälfte 1986 in die nach dem Reaktorunfall in der UdSSR notwendigen umfangreichen Aktivitätskontrollen einbezogen werden.

Durch die unmittelbar bevorstehende Anschaffung eines weiteren Halbleiterdetektors und einer Verbesserung der Software für die Datenverarbeitungseinheit ist eine Steigerung des Probendurchsatzes auf mehrere hundert pro Tag im Katastrophenfall erreichbar.

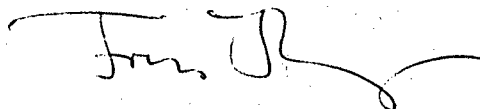
Vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird angestrebt, durch die Anschaffung von Telekopierern in den Landeswarnzentralen und den Untersuchungsanstalten eine Übermittlung der Meßergebnisse an die betreffende Landesregierung innerhalb von 12 bis 24 Stunden zu ermöglichen.

Durch die angeführten Maßnahmen wird sichergestellt, daß die Ergebnisse der Untersuchungen in der BALU Innsbruck den Vor-

- 3 -

arlberger Behörden raschestmöglich zur Verfügung stehen und der Schutz der Bevölkerung - auch ohne die Errichtung einer eigenen Untersuchungsanstalt in Vorarlberg - gewährleistet ist.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Franz Schausberger', with a long horizontal flourish extending to the right.